



Geschäftsführung Integrationsrat

Herr Vetter

Telefon: (0221) 221-23195

Fax: (0221) 221-6523195

E-Mail: andreas.vetter@stadt-koeln.de

Datum: 19.01.2011

Niederschrift

über die **Sondersitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 13.12.2010, 14:00 Uhr bis 15:20 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Tayfun Keltek LDK

Direkt gewählte Mitglieder des Integrationsrates

Herr Ahmet Altinova	KL
Herr Hasan Ates	KL
Frau Lyudmyla Beysorina	Einheit
Herr Musa Cavus	Dein Köln
Frau Ebru Coban	KL
Frau Antonella Giurano	Bunte
Frau Filiz Kalaman	LDK
Frau Yeliz Karadeli-Yasar	KL
Herr Turan Özküçük	LDK
Herr Tekin Parmaksiz	LDK
Herr Dimitri Rempel	Einheit
Herr Ilhan Uzun	Mevlana

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Malik Karaman	SPD
Frau Gonca Mucuk-Edis	SPD
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Herr Henk Benthem van	CDU
Herr Helmut Jung	CDU
Herr Efkan Kara	CDU
Herr Ossi Werner Helling	GRÜNE
Herr Stefan Peil	GRÜNE

Frau Sylvia Laufenberg	FDP Fraktion
Herr Jörg Uckermann	pro Köln
Frau Sengül Senol	DIE LINKE

Verwaltung

Frau Dr. Beate Blüggel
Frau Dagmar Dahmen
Frau Ina-Beate Fohlmeister
Frau Beigeordnete Henriette Reker
Herr Andreas Vetter

Entschuldigt fehlen:

Direkt gewählte Mitglieder des Integrationsrates

Herr Özkan Aksoy	Aksoy	entschuldigt
Herr Fevzi Bayrak	LB	
Frau Barbara Brunelli	GOL	
Herr Ali Esen	LB	
Herr Serkan Kirli	Mevlana	
Frau Minu Nikpay	KÖBES	entschuldigt
Frau Marion Schneider-Meyer	Integration Colonia	entschuldigt
Herr Fatih Turan	KIM	
Frau Suzan Ugursoy	INTERFAMILIA	

Der Vorsitzende Herr Keltek begrüßt die neue Dezernentin Frau Reker im Integrationsrat.

Frau Beigeordnete Reker begrüßt das Gremium und stellt sich bzw. ihren persönlichen Zugang zur Thematik Migration und Integration kurz vor.

Der Vorsitzende Herr Keltek erläutert die Notwendigkeit der Einberufung der aktuellen Sondersitzung.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Beschlussvorlagen

- 1.1 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2010
5223/2010

- 1.2 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft - Thema: Steuerung (Kapitel 7)
1346/2010

- 2 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

I. Öffentlicher Teil

1 Beschlussvorlagen

1.1 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2010 5223/2010

RM Herr Helling begrüßt, dass in der aktuellen Beschlussvorlage die finanziellen Mittel für die Interkulturellen Zentren – analog den Mitteln für die freie Trägerlandschaft – nicht gekürzt sind und sich an den Zuwendungen aus dem Jahr 2009 orientieren. Er führt aus, dass im Jahr 2011 mit einer 4 % Kürzung gearbeitet werden müsse und dass daher eine Beibehaltung des Status Quo in 2010 notwendig sei und nicht weiteren neuen Trägern eine Anschubfinanzierungen gegeben werden solle.

Als Änderungsvorschlag plädiert Herr Helling dafür, im Beschlussvorschlag Variante 2 den Punkt 3 dahingehend zu ändern, dass die Restmittel für Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Interkulturellen Zentren verwandt werden sollten. Die Kämmerin soll gebeten werden diese Mittel nach Möglichkeit in 2011 zu übertragen.

RM Herr Jung kündigt für die CDU Fraktion an, die unveränderte Variante 2 beschließen zu wollen, da seitens seiner Fraktion seit über einem Jahr regelmäßig der Sachstand des Anerkennungsverfahrens für den Verein ‚mehrsprache e.V.‘ nachgefragt worden sei.

Herr Jung beantragt eine Abstimmung zu Variante 2, getrennt zu den drei Punkten durchzuführen.

RM Frau Schmerbach erklärt für die SPD Fraktion ihre Zustimmung zu den Ausführungen von Herrn Helling.

Frau Schmerbach stellt die Anfrage, welche Träger zur Zeit noch im Anerkennungsverfahren als Interkulturelles Zentrum sind.

Der Vorsitzende Herr Keltek gibt aufgrund seiner Befangenheit bei dieser Thematik die Sitzungsleitung weiter. Da auch seine anwesenden Vertreterinnen bzw. Vertreter befangen sind, übernimmt der sitzungsalteste Teilnehmer Herr Peil die Sitzungsleitung.

Folgende Mitglieder des Integrationsrates sind Mitglieder eines Vorstandes in Interkulturellen Zentren und gelten damit als befangen und nehmen nicht an der Diskussion und Abstimmung teil: Herr Keltek, Frau Giurano, Frau Karadeli-Yasar, Herr Rempel.

RM Herr Peil übernimmt die Sitzungsleitung.

IRM Herr Özkücük begrüßt, dass bei unzureichender Vorlage von Abrechnungen Zentren von einer weiteren Förderung ausgeschlossen werden. Er betont, dass für ihn die Sicherstellung einer Kontinuität der Zentrenarbeit wichtiger, als eine hohe Anzahl von Zentren sei.

Herr Özkücük verweist darauf, dass Zentren, welche ihre Angebote lediglich auf eine Nationalität oder eine Religion ausrichteten, eigentlich keine Höchstförderung erhalten sollten. Hier könne noch geprüft werden, inwieweit Gelder eingespart und für weitere Zentren ausgegeben werden könnten.

Die Verwaltung Frau Fohlmeister teilt mit, dass seitens der Verwaltung grundsätzlich die Offenheit der geförderten Zentren geprüft würde. Dies sei bei den Zentren ‚Fortbildungszentrum für muslimische Frauen‘ und der ‚Synagogengemeinde‘ der Fall. In der vorliegenden Beschlussvorlage sei ein Träger, aufgrund seines bereits aufgenommenen ‚Vollbetriebes‘, nicht für eine Anschubfinanzierung vorgeschlagen worden; dies wurde mit dem Träger bereits besprochen.

Frau Fohlmeister führt aus, dass dem Integrationsrat in der nächsten Sitzung vorgeschlagen werden soll, drei in Rede stehenden Zentren nachträglich ins Anerkennungsverfahren aufzunehmen.

RM Frau Mucuk spricht sich ebenfalls für eine Finanzierung von Fortbildungen im Sinne des Antrages von Herrn Helling aus.

RM Herr Jung weist für das Protokoll darauf hin, dass seine Fraktion, aufgrund der Gefahr einer Nichtübertragbarkeit der Mittel von 2010 auf 2011, dem Antrag nicht zustimmen werde.

Die Verwaltung Frau Fohlmeister schlägt dem Integrationsrat im Sinne einer höheren Transparenz vor, in einer der nächsten Sitzungen darüber zu beraten, inwieweit ein Grundsatzbeschluss zu fassen sei, dass nur im Falle eines Ausscheidens von Zentren neue Zentren in die Förderung aufzunehmen seien.

RM Herr Helling sieht ein Problem darin, ohne eine vorherige Gesamtanalyse der Zentrenlandschaft, neue Zentren in die Förderung mit aufzunehmen. Unter Umständen müsse man diesen ‚anfinanzierten‘ Zentren dann in 2011 mitteilen, dass aufgrund der Haushaltslage keine weitergehende Förderung erfolgen könne. Er regt an die Situation in 2011 einmal zu analysieren.

Der Vorsitzende Herr Peil stellt getrennt zur Abstimmung:

- Variante 2 die Punkte 1 und 2
- Variante 2 den Punkt 3 (Beschlussvorlage der Verwaltung vs. Einsatz von 4.000,- € für Fort- und Weiterbildung).

Beschluss:

Der Integrationsrat bittet den Rat zu beschließen

1. die Verteilung der im Haushaltsplan 2010/2011 im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, in Zeile 15, Transferleistungen, veranschlagten Fördermittel in Höhe von 380.000 € für die anerkannten Interkulturellen Zentren für das Jahr 2010 gemäß Anlagen 2.1 – 2.3,
2. die Ablehnung des Antrages des Islamischen Kulturvereins e.V. – siehe Anlage 4 sowie
3. eine Verwendung der Restmittel in Höhe von 4.000 € für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Interkulturellen Zentren. Der Rat beauftragt die Verwaltung außerdem unter Beachtung der Voraussetzungen des § 82 GO (vorläufige Haushaltsführung), mit der Auszahlung der entsprechenden Abschlagszahlung für das IV. Quartal 2010 (Abschlagszahlungen für die Quartale I. bis III. unter Beachtung von § 82 GO wurden geleistet).

Der Rat bittet die Kämmerin die Haushaltsmittel für Fort- und Weiterbildung, soweit sie nicht mehr in 2010 verausgabt werden können, nach Möglichkeit in das Haushaltsjahr 2011 zu übertragen.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage wurde getrennt abgestimmt:

Punkt 1 und 2 - einstimmig beschlossen,

Punkt 3 – Änderungsantrag zur Beschlussvorlage der Verwaltung mehrheitlich mit drei Gegenstimmen der CDU Fraktion und einer Enthaltung beschlossen.

Die in der Sache befangenen Mitglieder des Integrationsrates Frau Giurano, Frau Karadeli-Yasar, Herr Keltek und Herr Rempel nehmen nicht an der Diskussion und Abstimmung teil.

1.2 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft - Thema: Steuerung (Kapitel 7) 1346/2010

IRM Herr Keltek übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Der Vorsitzende Herr Keltek schlägt vor:

zu Pkt. 7. letzter Absatz: Aufnahme der federführenden Rolle des Integrationsrates,
zu Pkt 7.1 Expertengruppe: Aufnahme der Interkulturellen Zentren und des Integrationsrates, sowie regelmäßige Berichterstattung des Interkulturellen Referates an den Integrationsrat,

zu Pkt. 7.1 Steuerungsgruppe, letzter Absatz: Koordination der Steuerungsgruppe durch das Interkulturelle Referat,

zu Pkt. 7.1 Beirat: Aufnahme des Integrationsrates (z.B. des Vorsitzenden),

zu 7.2 Berichtswesen: Vorlage des Integrationsberichtes im Rahmen der Beratungsfolge,

zu 7.3 Ressourcen: offensivere Forderung von Personalressourcen für die Umsetzung des Konzeptes.

IRM Herr Özküçük schlägt vor:

zu Pkt. 7.1 Beirat: Aufnahme der Ausländerbehörde.

Die Verwaltung Frau Fohlmeister sieht eine Vertretung der Ausländerbehörde im Beirat durch die Abstimmung der Fachdezernenten im Stadtvorstand gewährleistet.

RM Frau Schmerbach schlägt vor:

zu Pkt. 7.1 Expertengruppe: konkretere Benennung der ‚freien Träger‘

RM Herr Helling sieht eine herausgehobene Stelle der Ausländerbehörde und schlägt eine federführende Rolle in einer Expertengruppe vor. Herr Helling geht davon aus, dass der Fachdezernent die Themen der Ausländerbehörde im Beirat vertritt.

Herr Helling schlägt Folgendes vor:

zu Pkt. 7.1 Beirat: die bisherige Besetzung durch die Ratsvertreter soll beibehalten werden,

zu Pkt. 7.1.Beirat: Aufnahme der Kirchen.

Frau Beigeordnete Reker unterstützt die Forderung nach einer federführenden Rolle der Ausländerbehörde in einer Expertengruppe. Bzgl. des Vorschlags der Aufnahme von Kirchen, verweist Frau Reker auf die sehr große Teilnehmerzahl im Rat der Religionen.

RM Frau Sengöl schlägt vor:

zu 7.1 Steuerungsgruppe: Aufnahme mehrerer Mitglieder des Integrationsrates,
zu 7.1 Steuerungsgruppe: Aufnahme der RAA,
zu 7.1 Beirat: Aufnahme des Flüchtlingsrates und des Runden Tisches für Integration,
zu 7.2 Berichtswesen: jährliche Vorlage eines Berichtes.

Die Verwaltung Frau Fohlmeister verweist darauf, dass grundsätzlich die Fachämter nicht explizit aufgelistet wurden und die jetzt von den Mitgliedern des Integrationsrates gemachten Vorschläge mit aufgenommen werden.

IRM Herr Rempel schlägt vor:

zu Pkt. 7.1 Beirat: zwei Tagungen jährlich,
zu Pkt. 7.1 Expertengruppe: konkretere Benennung der ‚freien Träger‘.

Der Vorsitzende Herr Keltek warnt vor der Beliebigkeit bei den Benennungen von Institutionen für den Beirat.

Herr Sewenig weist auf die Integrationsagenturen, deren komplexes Leistungsprofil, und die Notwendigkeit einer Vertretung derselben über die Verbände im Beirat hin.

RM Frau Schmerbach schlägt vor:

zu 7.1 Beirat: Aufnahme des Runden Tisches für Integration – hierdurch wären die Kirchen mitvertreten.

IRM Herr Özkücük bittet angesichts der großen Gruppe religiöser Vereinigung in Köln, um Rücknahme des Vorschlages die Kirchen zu beteiligen und unterstützt den Gedanken von Frau Schmerbach, die Kirchen über den Runden Tisch für Integration mit einzubeziehen.

RM Frau Mucuk unterstützt diesen Vorschlag von Frau Schmerbach und Herrn Özkücük.

RM Herr Helling thematisiert die praktische Arbeit:

In der Steuerungsgruppe sitzen die sieben städtischen Dezernatsbeauftragten zur Überprüfung, Weiterentwicklung des Gesamtprozesses.

In den Expertengruppen werden, geleitet von Experten aus der Stadtverwaltung, die nichtsstädtischen Akteure miteinbezogen und bearbeiten dort in fünf Gruppen die fünf Handlungsfelder. Er verweist hierbei auf den bzgl. der Themenvielfalt ungünstigen Zuschnitt der Handlungsfelder und plädiert dafür der Verwaltung die Freiheit zu geben, diese Handlungsfelder unter Berücksichtigung der Teilnehmer- und Themenzahl anders zusammen zu stellen.

IRM Frau Giurano schlägt vor das Gesundheitsamt stärker zu beteiligen und zu überlegen inwieweit auch Frauenhäuser berücksichtigt werden können.

Die Verwaltung Frau Fohlmeister schlägt vor den Begriff ‚Fachämter‘ als allgemeinen Begriff so stehen zu lassen und eine konkrete Benennung der einzelnen Ämter anschließend in den Einzelvorlagen vorzunehmen.

Der Vorsitzende Herr Keltek geht davon aus, dass über die Beigeordneten die Amtsleiter der Fachämter eingebunden sind und von dort auch entsprechend beteiligt werden und die Beigeordneten sich für die aktive Umsetzung des Konzeptes ausreichend verantwortlich fühlen.

Herr Prölß wünscht sich zu Pkt 7.1 Expertengruppen, dass die mit der Erstellung des Konzeptes befassten Arbeitsgruppen auch künftig bei der Besetzung der Experten-

gruppen entsprechend mit einbezogen werden. Herr Prölß geht davon aus, dass die Experten in den Expertengruppen nicht aus den Fachämtern der Stadtverwaltung rekrutiert werden.

Nach einer Zusammenfassung der relevantesten Vorschläge durch die Verwaltung Frau Fohlmeister und einer Zusage, die weiteren Anregungen zu berücksichtigen, wird das Kapitel 7 des ‚Konzeptes zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft‘ zur Abstimmung gestellt.

Der Integrationsrats hat in seiner Sitzung am 29.11.2010 die Verwaltung gebeten, das Kapitel 7 des ‚Konzeptes zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft‘ zur „Steuerung und Umsetzung des Konzeptes“ zur Sondersitzung des Integrationsrates am 13.12.10 zu überarbeiten und die Steuerungsaufgaben neu zu formulieren.

Der Integrationsrat beschließt das Kapitel 7 des ‚Konzeptes zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft‘ mit den durch Unterstreichung hervorgehobenen Änderungen

Beschluss:

„7. Umsetzung des Konzeptes zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft

Der gelungene Austausch und die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft bei der Erstellung des Konzeptes zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft soll im Rahmen der Umsetzung des Konzeptes unter Federführung des Interkulturellen Referates fortgesetzt werden.

Die erfolgreiche Umsetzung des Konzeptes setzt voraus, den Verlauf des Prozesses und die Auswirkungen der verschiedenen Maßnahmen in regelmäßigen Abständen zu beobachten, um

- jederzeit einen Überblick über den Stand des Prozesses zu haben,
- die Effektivität von Maßnahmen zu überprüfen,
- die Erfolge der Maßnahmen nachzuweisen und
- Teilziele besser entwickeln zu können.

Die Umsetzung des Konzeptes erfordert, dass alle Beteiligten den Prozess begleiten, um die Steuerung und Vernetzung der Integrationsarbeit ressort- und ämterübergreifend in Kooperation mit den freien Trägern im Sinne einer Querschnittsaufgabe aufzubauen und weiter auszubauen.

Für die politische Umsetzung des Konzeptes ist der Integrationsrat federführend verantwortlich.

7.1 Prozesssteuerung

Interkulturelles Referat

Das Interkulturelle Referat hat die Aufgaben der

- Konzeptions(weiter)entwicklung,
- Organisation und Moderation der Prozesssteuerung (Geschäftsführung),
- Berichterstattung an unterschiedliche Gremien,
- Vernetzung und Koordinierung der unterschiedlichen Gremien und
- die Vertretung nach außen.

Expertengruppe

Orientiert an den fünf Handlungsfeldern des Konzeptes werden Expertengruppen gebildet, in denen themenbezogen Vertreterinnen und Vertreter der Fachämter, insbesondere auch der Interkulturellen Zentren und des Integrationsrates, der Freien Träger und sachkundige Bürgerinnen und Bürger vertreten sind. In diesen Expertengruppen werden sowohl Ideen zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen entwickelt und Projekte angestoßen als auch die Weiterentwicklung des Konzeptes beratend begleitet. Darüber hinaus ist es Aufgabe der Expertengruppen, Zeitziele und Zielerreichungsgrößen für die Umsetzung der in den Handlungsfeldern beschriebenen Handlungsempfehlungen vorzuschlagen.

Die jeweiligen Vertreterinnen und Vertreter der Fachämter, die im Handlungsfeld ‚Integration‘ tätig sind (z.B. Ausländerbehörde, RAA etc.) koordinieren diese Arbeit.

Die Expertengruppen tagen 4 x im Jahr und berichten 4 x dem Interkulturellen Referat den Sachstand. Der Integrationsrat wird regelmäßig vom Interkulturellen Referat über den Sachstand informiert.

Steuerungsgruppe

Um die Querschnittsaufgabe innerhalb der Verwaltung zu verankern, werden aus den Dezernaten Beauftragte in eine verwaltungsinterne Steuerungsgruppe „Integration“ entsandt. Die Beauftragten haben die Aufgabe, den dezernatsinternen Informationsfluss sicherzustellen und regelmäßig über den aktuellen Sachstand der Umsetzung in den Dezernaten zu berichten. In der Steuerungsgruppe findet die Abstimmung zwischen den Dezernaten über die Koordination der vom Rat beschlossenen Integrationspolitik statt.

Aufgabe der Steuerungsgruppe ist es weiterhin, die unterschiedlichen fachbezogenen Ziele, Maßnahmen und Projekte sowie die Berichtswesen der Dezernate miteinander zu verknüpfen, die (Weiter-)Entwicklung des städtischen Maßnahmenprogramms und die Indikatorenbildung (Controlling) fachlich zu unterstützen. Die Koordination der Steuerungsgruppe übernimmt das Interkulturelle Referat.

Die Steuerungsgruppe tagt 4 x im Jahr und berichtet 2 x jährlich dem Integrationsrat und den Fachausschüssen.

Beirat

Ein Beirat unterstützt bei der Steuerung des Prozesses. Dem Beirat gehören Dezernten und Dezernentinnen, Vertreterinnen und Vertreter der bisher vertretenen Ratsfraktionen, des Integrationsrates, des Runden Tisches für Integration, der LIGA, der ARGE, des DGB, der IHK, der Agentur für Arbeit und das Interkulturelle Referat als Geschäftsführung an.

Der Beirat nimmt die Berichte der Expertengruppen und der Steuerungsgruppe zur Kenntnis und gibt fachliche Stellungnahmen ab. Die Vertreterinnen und Vertreter im Beirat informieren darüber hinaus ihre jeweiligen Organisationen über den Umsetzungsstand des Konzeptes und die fortlaufende Entwicklung.

Der Beirat tagt 1 x jährlich.

Interkulturelles Maßnahmenprogramm

In Ergänzung zu dem hier vorgelegten Konzept wird das Interkulturelle Maßnahmenprogramm der Stadt Köln weiterentwickelt und zeitnah vorgelegt. Sein Aufbau orientiert sich an den Handlungsfeldern des Konzeptes.

tiert sich an der Konzeptstruktur und wird eine Grundlage für die Bewertung der Zielerreichung im „Handlungsfeld Integration“ bilden.

7.2 Berichtswesen

Das Interkulturelle Referat entwickelt gemeinsam mit den Fachämtern, insbesondere in Zusammenarbeit mit dem Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Kennziffern und Indikatoren, um ein Monitoring- und Controllingsystem einzurichten, das gleichzeitig die Basis für die Berichterstattung bildet. Das als Anlage beigefügte Indikatorenset zeigt beispielhaft die zukünftig angestrebte Form der Indikatorenbildung, die eine Grundlage für die Wirkungsanalyse des Interkulturellen Maßnahmenprogramms und die Umsetzung der Handlungsempfehlungen sein wird.

Das Interkulturelle Referat legt den politischen Gremien in der Beratungsfolge alle zwei Jahre einen Integrationsbericht vor. Dieser Bericht enthält jeweils Aussagen zu

- dem Sachstand in den einzelnen Handlungsfeldern,
- dem Einsatz von Ressourcen,
- dem Eintreten von Wirkungen vor dem Hintergrund der Entwicklung der Daten des Monitorings unter besonderer Berücksichtigung der Geschlechter.

7.3 Ressourcen

Für die Umsetzung der Ziele und Handlungsempfehlungen des Kölner Konzeptes zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft stehen begrenzte kommunale personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung. Der adäquate Einsatz der kommunalen Ressourcen wird in Zusammenhang mit der Umsetzung des Konzeptes durch die Dezernate regelmäßig überprüft. Notwendige Anpassungen, die im Rahmen der Evaluierung des Konzeptes und der Erarbeitung des Interkulturellen Maßnahmenprogramms festgestellt werden, werden den Gremien in Form von Beschlussvorlagen vorgelegt.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit drei Gegenstimmen der CDU Fraktion und einer Enthaltung beschlossen

2 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

Beschluss:

Die Mitglieder des Integrationsrates fassen keinen Beschluss zur Unterrichtung der Öffentlichkeit.

Gez.

Tayfun Keltek
Vorsitzender

Andreas Vetter
Geschäftsführung